

für Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Anmeldung 2.50 M., durch die Post
... 2.75 M., einschließlich Zustellungsgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterlassene eingehende Anzeigen
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion mit dem Quotensatz:
„Saale-Bl.“ gelistet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140;
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der
Herausgeber-Abteilung Nr. 1153.

werden die 6 getaperte Kolonnenstelle
oder deren Raum mit 30 Bg., welche
aus Halle mit 20 Bg. herab und in
unseren Anzeigenschriften und allen
Anzeigen-Veröffentlichungen angesetzt.
Wachsende bis zum 7. Bg. für Halle,
anstandslos 1 Bg.
Ercheint täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Verwaltung:
Halle, D. G. Straußstraße 17;
Redaktionsstelle Markt 24.

Saale-Zeitung.

Funfzehnhundertvierzigster Jahrgang.

Nr. 597.

Halle a. S., Donnerstag, den 21. Dezember.

1911.

Ein türkischer Vormarsch nach Persien?

(Das Geheimnis vom Urmiasee.)

Auch die Türkei will ein Stück vom persischen Kuchen haben! In der türkischen Kammer erklärte zwar der Minister des Meusein, er betrachte die Unabhängigkeit Persiens als wünschenswert und hoffe auf eine baldige Beilegung der russisch-persischen Zwistigkeiten. Wer aber zwischen den diplomatischen Zeilen zu lesen sich bemüht, wird entdecken, daß die Spitze sich der persischen Seite vor allem um deswillen anrimmt, weil es, wie ja auch der Minister betonte, selbst ein großes Interesse an der Entwicklung der persischen Angelegenheit hat, ein Interesse, das der russische Botschafter in Konstantinopel ausdrücklich als berechtigt anerkannt habe. In aller Stille hat die Türkei an der persischen Grenze starke Truppenmassen zusammengeschoben und sieht es gewiß auch nicht ungern, daß sich im Wilajet Bagdad ein Freiwilligenkorps von 30 000 Mann gebildet und den Marsch nach Persien bereits angetreten hat. Was will die Türkei in Persien und von Persien? Ueber diese Frage erhielt unser Berliner Mitarbeiter von einer in diesen Dingen vorzüglich unterrichteten Persönlichkeit, die auch ausgezeichnete politische Beziehungen unterhält, folgende interessanten Aufschlüsse:

Ein türkischer Vormarsch nach Persien wäre, so überraschend es klingen mag, nichts anderes als eine Konsequenz der Bagdadbahn-Entwicklung! Herr v. Gwinner, der Generaldirektor der Deutschen Bank, hat vor wenigen Tagen in seinem Vortrag, dem auch der Kaiser beizuwohnte, immer wieder darauf hingewiesen, daß die Bagdadbahn ein mit deutschem und zum Teil französischem Kapital finanziertes türkisches Unternehmen ist. Schon heute gewährt die Bahn der Türkei einen nennenswerten Vorteil. Während früher die türkische Regierung einen bedeutenden Zufluß leisten mußte, bringt die Bahn jetzt dem Staat etwa 18 Millionen Mark an Steuern ein. Herr von Gwinner gab der sicher begründeten Hoffnung Ausdruck, daß die Bagdadbahn mit der anatolischen Bahn zusammen künftig das finanzielle Rückgrat des türkischen Staates sein werde.

Zur Entwidlung der Bagdadbahn gehört aber, so fuhr der Gewährsman unseres Mitarbeiters fort, die Klärung der politischen Verhältnisse, insbesondere die entgeltliche Festlegung der persisch-türkischen Grenze. Ein Bild auf die Karte: Denkt man sich die Mittellinie des Persischen Golfs nach Norden verlängert, so haben wir ungefähr die Grenze zwischen Persien und dem türkischen Reich. Von Basra bis Batum verläuft diese Linie, auf der die Küste bisher nicht zur Ruhe kommen wollten. Die Perler unternahmen von jeher entweder selbst alschhand „Truppenübungen“ nach dem Westen oder drückten doch, weil sie selbst wenig kriegerisch veranlagt sind, ein Auge zu, wenn armenische Banden räuberische Ausfälle hinterher in die Türkei versuchten. Am beständigen wagt dieser Kampf am Urmiasee in Mesopotamien. Dort wurde, wie man sich vielleicht noch erinnert, im Jahre 1908 der persische Prinz Ferman Jerma in der Nähe der türkischen Grenze von türkischen Truppen angegriffen und die Festung Sautschbulak belagert. Schon damals mobilisierte die Flotte ein bedeutendes Kontingent gegen Persien. Diese türkisch-persischen Spannungen und Entladungen sind auch nicht von heute und gestern. Seit einem Jahrhundert fließt die kriegerische Welle zwischen Türken und Persern hin und her. Das bezeichnete Grenzgebiet, vom Persischen Golfe bis im Norden zum Ararat im Kaukasus, war ursprünglich ein Tummelplatz nomadischer Stämme, die seine Grenze kennen. Auch als man 1823 in einem Vertrage die Linie 1741 fixierte Linie feierlich verriefe, hörten die beständigen Keibereien nicht auf. England und Rußland traten auf den Plan und veranlaßten einen neuen Vertrag, 31. März 1847. Es half wieder nichts. Eine Besserung drohten erst die Arbeiten einer englisch-persisch-russisch-türkischen Kommission, die das streitige Randgebiet auf eine Strecke von 50 Kilometern beschränkte. Ueber diese 50 Km. sollten dann Persien und die Türkei sich einigen. Es ist heute noch nicht geschehen. Auch nicht durch das englisch-russische Abkommen vom 31. August 1907. Das Geheimnis aller dieser Kämpfe ist: Die Türkei beansprucht das Urmiasee-Land, ein Gebiet, auf das auch Rußland sein Auge gemorzen hat. Und wenn die Türkei nicht durch den Tripolisstreit in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert wäre, hätte sie diesen Wechsel schon offen präsentiert.

Die Unklarheit der türkisch-persischen Grenze besteht aber nicht nur im Norden am Urmiasee, sondern auch im Süden im eigentlichen Bagdadbahngebiet. Der eigenartige Endpunkt der Bagdadlinie am Persischen Golfe, Koweit, liegt in dem

früheren Wilajet Basra, das aber vor einiger Zeit administrativ geteilt worden ist und zwar in ein verkleinertes Wilajet Basra und ein neues Mittelstück (eine Art Fivoking) El-Haja, die sich ungefähr von der Mündung des Euphrat und Tigris an der Küste des Persischen Golfs entlang bis nach Oman erstreckt. Die Zugehörigkeit von Koweit zur Türkei ist früher von englischer Seite bestritten worden. Die Umwandlung von El-Haja in ein eigenes Verwaltungsbereich ist aber ein Beweis dafür, daß die Türkei ihre Autorität in diesen Regionen gegenüber Persien zu befestigen sucht.

Der Miß zwischen Persien und der Türkei ist tief und durch eine Tradition feindseliger Haltung färblich „geheilt“. Dazu kommt ein verschärfender Gegenlag der Religion. Die Türken sind Sunniten, die Perler Schiiten. Je demühter das politische Bewußtsein wurde, desto ausgeprägter der nationale und religiöse Gegenlag. Aus den räuberischen Einfällen einzelner Stämme wird jetzt die kriegerische Aktion auf der ganzen Linie. Sie dürfte dem armen Persien den Rest geben.

Der Erlass über das Extemporale.

(Eine Stimme aus Lehrerkreisen.)

Wie vorausgesetzt war, hat der Erlass des Kultusministers über das Extemporale eine tiefe Bewegung unter den Lehrern hervorgerufen. Mit einer alten Gewohnheit der Unterrichtspraxis sollen sie brechen, das mag vielen, besonders älteren Lehrern, schwer fallen. Doch erster sind Sorge und Zweifel, ob sich das Neue bewähren wird. Es wird für und wider getrieben, zu viel über methodische Einzelheiten, in denen der Erlass doch wünschenswert Freiheit läßt, zu wenig über den leitenden Gesichtspunkt der Unterrichtserwartung. Der Erlass sagt, das Extemporale habe zu einer dauernden schädlichen Spannung und Verunsicherung der Schüler und der Lehrer geführt, weil es insofern verkehrter methodischer Behandlung seitens der Lehrer zu schwere Anforderungen an die Schüler gestellt, andererseits aber vielfach als Hauptwertmesser ihrer Leistungsfähigkeit gegolten habe. Das Extemporale soll daher durch leichtere Fassung und eingehendere Vorbereitung den Schülern erleichtert werden, und mit Rücksicht auf die allgemeine Stimmung der Lehrpläne von 1906 erachtet, daß mit aller Entschiedenheit einer einseitigen Verherrlichung des Extemporale entgegenzutreten sei; ferner sollen nur zwei bis drei Klassenarbeiten in jedem Jahresteil angefertigt werden — unter Anwendung der diesbezüglichen Jenseitensaufsätze, betreffend ein Viertel mangelhafter Arbeiten —, damit möglichst wenig schriftliches Material für die Beurteilung der Schüler vorliegt.

Das Bestreben der Unterrichtsbehörde, Lehrern und Schülern Freude an der Arbeit zu geben, wird allen recht willkommen sein. Traglich ist jedoch, — so meint ein Lehrer in der „Königlichen Zeitung“ —, ob sie den richtigen Mittelweg dazu wählt. Die oben erwähnten Bestimmungen des Erlasses kommen vor allem den unbegabten und kränklichen Schülern zugute, denen es schwer fällt, auf der höheren Schule vorwärts zu kommen. Diese Wirkung führt aber zum Niedergang des höheren Schulwesens. Es ist Tatsache, daß der Durchschnittsertrag des Schülersmaterials der höheren Schulen fällt, und zwar deshalb, weil viele Eltern ihre Kinder ohne Rücksicht auf Veranlagung und Gesundheit auf die höheren Lehranstalten schicken, nur ihrem Ehrgeiz und Standesgefühl zuliebe. Unsprüchlich ist die höhere Schule nur zur Ausbildung der höheren Begabungen bestimmt, mit der Zeit ist sie aber in erster Linie zu einer Schule der höheren Stände geworden. Andererseits arbeiten die Lehrer der höheren Schulen seit einigen Jahrzehnten mit Eifer und Erfolg an der Reform des Unterrichtsbetriebes, besonders durch Vervollkommnung der Lehrmittel und der Lehrmethode. Und die jungen Lehrer werden in bewährter Weise für die Unterrichtspraxis ausgebildet. Es liegt daher auf der Hand, daß nicht Mangel des Unterrichtsbetriebes in erster Linie für den Tiefstand der Schülerleistungen verantwortlich gemacht werden dürfen, sondern die zunehmende Zahl der leistungsunfähigen Schüler. Diesen wichtigen Punkt hat der Erlass nicht berücksichtigt, darum werden die getroffenen Maßnahmen verhängnisvoll wirken. Die Zahl der untauglichen Schüler wird infolge der milden und nachgiebigen Bestimmungen des Erlasses überhand nehmen, die Ausbildung der tüchtigsten Schüler darunter entsprechend leiden. Eine bestimmte Maß der Leistungen. Das wissenschaftliche Niveau des Unterrichts wird herabgedrückt. Die Universitäten werden noch mehr als bisher über abnehmende wissenschaftliche Durchschnittsbefähigung der Studierenden ernste Klagen zu führen haben. Es wäre zu wünschen, daß auch sie zu dieser betrübenden Entwicklung unseres höheren Unterrichts Stellung nähmen.

Gewiß soll den schwachen Schülern Stütze und Hilfe zuteil werden, das ist billiger, aber in zweifelhafte Grenzen. Es dient nicht der gelunden sozialen Entwicklung unseres Volkes, ihm blinde Führer zu erziehen. Die vornehmste Aufgabe unserer höheren Schulen muß sein und bleiben, die höheren Begabungen zu sammeln und zu fördern. Dazu bedarf es einer durchgehenden Forderung des höchsten Schülersmaterials. Entweder müssen die untauglichen Schüler von den höheren Lehranstalten ferngehalten, oder höhere Schulen im alten Sinne eingerichtet werden. Die Frage der Sonderklassen oder Sonderklassen für begabte Schüler wird schon seit einiger Zeit erörtert. Sie ist zu schwierig und bedeutsam, als daß hier näher darauf eingegangen werden könnte. Aber durchgehend in diesem Sinne muß die Reform der höheren Schulen sein. Die bisherigen Verhältnisse der Schulbehörde, im Rahmen des gegenwärtigen Unterrichtsbetriebes eine besondere Förderung der tüchtigsten Schüler zu sichern, z. B. die Einsetzung der Sonderklasse, haben den Erwartungen nicht entsprochen. Einseitigkeit überläßt es dem Interesse und Geschick tüchtiger Lehrer überlassen, dieser wichtigsten Aufgabe des höheren Unterrichts gerecht zu werden. Wie bedingt und gering jedoch der mühsam erworbene Gesamterfolg bleibt, ist jedem Einsichtigen klar.

gangen werden könnte. Aber durchgehend in diesem Sinne muß die Reform der höheren Schulen sein. Die bisherigen Verhältnisse der Schulbehörde, im Rahmen des gegenwärtigen Unterrichtsbetriebes eine besondere Förderung der tüchtigsten Schüler zu sichern, z. B. die Einsetzung der Sonderklasse, haben den Erwartungen nicht entsprochen. Einseitigkeit überläßt es dem Interesse und Geschick tüchtiger Lehrer überlassen, dieser wichtigsten Aufgabe des höheren Unterrichts gerecht zu werden. Wie bedingt und gering jedoch der mühsam erworbene Gesamterfolg bleibt, ist jedem Einsichtigen klar.

Deutsches Reich.

Reichshaushalt 1912.

Berlin, 21. Dezember 1911.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ letzte heute die Veröffentlichung des Zahlenmaterials für den Reichshaushalt 1912 fort. Dem heute abgedruckten Abschnitt, der eine Darlegung der wichtigsten Einzelheiten aus den Sondererträgen des Reichshaushalts enthält und dem morgen die gleiche Darlegung für die Einnahmegebiete folgen soll, wird von dem offiziellen Blatt folgende Einleitung vorausgeschickt:

Als unserer geistigen Veröffentlichung über den Reichshaushalt für 1912 ist von einer Seite bemerkt worden, daß die darin enthaltenen Einnahmestimmungen nicht übereinstimmen mit den Angaben, welche wir kürzlich über die mutmaßlichen Erträge der neuen Zölle und Steuern für 1911 gemacht haben. Diese Kritik leidet indes an dem entscheidenden Irrtum, daß sie bei dem Etat 1912 für sämtliche Artikel die Ertragsfälle der Einnahmegebiete, die hier außerdem die Ausleihungen der Einnahmen der Bundesstaaten (ein Viertel des Steueraufkommens) und beim Branntwein die Eszignitureverbrauchsabgabe nicht berücksichtigt. Gleichwohl möchten wir nicht unterlassen zu erklären, daß unsere früheren Mitteilungen auch durch die inzwischen veröffentlichten Einnahmegergebnisse für November 1911 durchaus bestätigt werden. Um die beiden wichtigsten Posten herauszugreifen, so hat vom April bis November 1911 beim Branntwein die Verbrauchsabgabe einschließlich der für Eszignaturen auf 134,9 Millionen Mark, beim Bier die Steuer einschließlich der Ausleihungsabgabe auf 102 Millionen Mark sich belaufen, mozu beim Bier 7 Millionen Mark Wehrerträge und bei beiden Artikeln zusammen mehr als 7 Millionen Mark Zölle treten. Schon hieraus ergibt sich, daß unsere Schätzung von 197,4 Millionen Mark beim Branntwein und 164,9 Millionen Mark beim Bier für das ganze Rechnungsjahr 1911 zutrifft, wenn nicht um ein geringes überschritten wird. Bei den Einnahmestimmungen für 1912 ist selbstverständlich der geringeren Ernte in Kartoffeln, Rüben und anderen Bodenerzeugnissen der erhebliche Einfluß eingedampt worden, aber bei der Branntweinsteuer wird weniger (caum 5 Millionen Mark) als bei der Zuckersteuer. — In Schlußsumme sollen werden für 1912 etwa 4 Millionen Mark erwartet.

Der Fiskus und die Reichserbschaftsteuer.

(Eine interessante Steuerfrage.)

Der Steuerfiskus hat dem Reichsgericht unlängst eine eigenständige Frage zur Entscheidung vorgelegt. Dazu ist folgendes mitzuteilen: Durch das Reichserbschaftsteuergesetz wird unter anderem bestimmt, daß die Steuer aus dem Vermögen eines Ausländers erhoben werden kann, wenn er zur Zeit des Todes seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem Bundesstaate hatte, jedoch bei seinem Tode im Auslande befindet. (§ 5 des Reichserbschaftsteuergesetzes). Die Bestimmung, daß die Steuer zu berechnen ist, ist bestimmt unter anderem in seinem Absatz 2: „Nebst dem Wert 50 000 Mark, so wird das Endvermögen des Erblassers in der Höhe der Erträge des Erwerbes erhoben. Ohne Zweifel sind die Erträge der Einkommensteuer nur auf den hierunterliegenden Erwerb zu beziehen. Der Fiskus meint: zu verstehen ist zwar nur das Vermögen, das der Ausländer im Auslande hinterlassen hat, aber die Erträge bei nach der ganzen Erbschaft zu berechnen, mithin bei der Erhöhung auch das nicht zu veräußernde Vermögen im Auslande zu berücksichtigen. Denn „Erwerb“ ist alles, was der Erbe erhält, sonst hätte es im Absatz 2 des § 10 heißen müssen: „des steuerpflichtigen Erwerbes.“

Im vorliegenden Falle war der Erblasser Staatsangehöriger des Kantons Thurgau in der Schweiz. Seinen letzten Wohnsitz hatte er in München, wo er am 3. September 1908 verstorben ist. Seine Schwestern wohnen in Zürich. Sie hat 278 704 Mark geerbt. Von dieser Summe belanden sich 66 424 Mark in Deutschland. Die 66 424 Mark wurden mit 4 Proz. nach § 10 veräußert. Dazu mußte nach Absatz 2 eine Erhöhung um das 12/10fache kommen. Der Fiskus aber hat: Die Berechnung ist falsch! Der genannte „Erwerb“ beläuft sich auf 278 704 Mark, mithin hat nach der Stellung einer Erbschaft um das 17/10fache einzutreten. Es verlangte deshalb fast 405 Mark eine Steuer von 444 Mark. Die Erbin sah sich, klagte jedoch auf Rückzahlung.

Landgericht und Oberlandesgericht München sind der Klägerin beigetreten und haben den Fiskus zur Rückzahlung der zuviel erhobenen Steuer verurteilt. Das Oberlandesgericht geht auf das Gesetz und dessen Bedeutung näher ein und führt aus, daß die Steuer nur von dem Erlösvermögen erhoben werden soll, daß die Erbschaft nur nach dem Erlösvermögen zu verrechnen ist.

Das Reichsgericht ist dem Oberlandesgericht München beigetreten und hat die Revision des Fiskus mit folgender Urteilsbegründung zurückgewiesen: Bei der Auslegung der vorliegenden Steuerfrage ist Rücksicht zu nehmen auf die §§ 5 und 6 des Reichserbschaftsteuergesetzes.



Die hier festgelegte Grundbesitz bestimmt, daß unter gewissen Umständen das Vermögen eines ausländischen Erbläfers nicht zur Steuer herangezogen werden soll. Daß es also der Steuer nicht zugrunde zu legen ist, schließt aus, daß es für das Gesetz überhaupt in Betracht kommt. Wenn nach § 10 eine zünftige Erhöhung der Besteuerung über einen gewissen Mehrerwerb eintreten soll, so ist daraus nicht gegen die Befreiung von der Besteuerung zu folgern. Der Mehrerwerb ist nur nach der Steigerung des vorangegangenen steuerpflichtigen Erwerbes zu verneinen. Die Erhöhung umfaßt nicht das Vermögen, das frei sein soll. Der § 10 legt lediglich die Berechnung der Steuer fest und meint deshalb unter Erwerb auch nur den steuerpflichtigen Erwerb. Auch der § 29 heißt sich nicht anders verstehen. (Steuergesetz: VII. 270/11. Urteil vom 19. Dez. 1911.)

Die freihändlerische Vergangenheit der Landwirtschaft.

§§ Daß die deutschen Landwirte noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wenige Jahre vor Beginn der Bismarckschen Politik des Schutzes der nationalen Arbeit — freihändlerisch waren, föhren die agrarischen Vorkommnisse heute nicht mehr gern. Sie jagen es sogar entgegen der historischen Wahrheit zu betreiten oder zu verdrängen. Denn sie sind sich darüber klar, daß gerade das Verschwinden der deutschen Landwirtschaft am besten beweist, daß die Frage des Schutzes und des Wages der Volksgüter eine Frage der Zweckmäßigkeit ist, die je nach der Zeit und den Umständen verschieden beurteilt werden muß, die aber gerade deshalb nicht nach Maßstab des Nationalismus gemacht werden darf. Der Wählerstimme jedoch möchten sie einreden, daß derjenige ein Verräter am Vaterlande sei, der nicht die Anforderungen des Bundes der Landwirte für die einzig richtigen hält.

Am 5. Mai 1873 beantragte der agrarische Führer im Reichstage, v. Mehr-Schmelow, die Aufhebung sämtlicher Zölle auf Eisen, Stahl, Eisenwaren usw. Der Antrag wurde vom Reichstage angenommen in der Form, daß die letzten Eisenzölle am 1. Januar 1877 wegfallen sollten. 1875 veröffentlichte der verlorene a. R. Kardoff eine Broschüre „Gegen den Strom“ und verlangte darin die Umkehr zum Schutzzoll. Im Anschluß daran gründete er den Zentralverband deutscher Industrieller, die sich vor allem zunächst die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Schutzpolitik zum Ziele setzten. Aus dem Oktober, November und Dezember 1878 stammen die Bismarckschen Kundgebungen, die die Umkehr der Wirtschaftspolitik einleiteten. Noch im Februar 1878 hatte der Zentralverband in seinen Zollerwartungs landwirtschaftliche Zölle nicht eingeleitet. Erst der 10. Konvent deutscher Landwirte in Berlin am 24. und 25. Februar 1879 brachte die Verhandlungen zwischen Landwirtschaft und Industrie und die Bestimmung, daß die Landwirtschaft für industrielle und agrarische Zölle eintreten wolle. Am 12. Juni 1879 ist dann der Schutztarif mit 217 gegen 117 Stimmen vom Reichstage angenommen worden.

Aus diesen Daten ergibt sich klar, daß erst ganz gegen Ende der 70er Jahre die Mehrheit der deutschen Landwirte sich von der freihändlerischen zur schützamerikanischen Wirtschaftspolitik durchgegangen hat, und zwar unter Führung des im Zentralverband vereinigten Teiles der Industriellen. Die Zeit darüber, daß der Präsident des Handelsbundes, Geheimrat Krieger, in seiner Rülme Rede an den historischen Tatbestand hingewiesen hat, veranlaßte vor 8 Tagen den Dr. Dietrich Sahn in München, dem Sanitätspräsidenten Geschäftsstellung vorzunehmen. Weil er sachlich nichts einwenden konnte, schickte er sich nach seiner Gewohnheit eine dreifache Entschuldigung und erlaubte seinen politischen Gegner, jetzt plappern ihm seine beiden Zeitgenossen, die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Staatsbürgerzeitung“, urteillos die Geschäftsstellung nach und berufen sich dabei sogar auf den noch lebenden früheren Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herrn Bued, der in seiner Broschüre gegen den Handelsbund noch vor wenigen Monaten den wirtlichen Tatbestand geschildert hat. Das ist wieder ein Beweis für die ungeheuerliche Stumpfheit, mit der die agrarisch-antidemokratischen Demagogen ihre Zwecke selbst auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit zu erreichen suchen. Aber was kümmert diesen „schäblicheren Menschenhag“ das Urteil der Wissenschaft?

Gesetz, betreffend Eisenbahnbauten im Ostafrikanischen Schutzgebiet.

Der „Reichsanz.“ bringt folgende Bekanntmachung: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Einziges Paragraph.

Der Reichsanz. wird ermächtigt:

- die durch den Etat für das Ostafrikanische Schutzgebiet zur Fortführung der Usambarabahn und zum Ausbau des Hafens in Tanga bereitgestellten Mittel auch zu Ergänzungsbau- und Neubauten auf der Stammstrecke Tanga-Mombo sowie
- die durch den Etat für dasselbe Schutzgebiet bereitgestellten Mittel zur Gewährung eines Darlehens an die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft zur Fortführung der Eisenbahn Dar-es-Salaam-Morogoro bis Tabora und zu Vorarbeiten für die Fortführung der Bahn bis an den Tanganjikasee aus der Gewährung eines Darlehens an die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft zur Fortführung der Eisenbahn Dar-es-Salaam-Morogoro bis an den Tanganjikassee sowie zu Ergänzungsbau- und Umbauten an der Stammstrecke Dar-es-Salaam-Morogoro zu verwenden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigefügtem Kaiserlichen Insignel. Gegeben Neues Palais, den 12. Dezember 1911. (L. S.) von Wilhelm I. R. von Bethmann-Hollweg.

Wie ein Telegramm des „Tag“ meldet, hat der Verwaltungsgerichtshof in München in Sachen der Errichtung eines städtischen Krematoriums in München entsprechend dem Antrage des Gesundheitsamtes die Errichtung der Krematoriums im Mittelhofen, wodurch der für den Bau eines Krematoriums in den städtischen Etat eingeleitete Betrag von 22 000 Mark gestrichen wurde, außer Wirksamkeit gesetzt.

Gegenüber den Dements agrarischer Wähler, wonach feinerlei Beziehungen zwischen dem Reichstagsführer Hermann

einerseits und der konservativen und der Zentrumspartei andererseits darüber geführt worden seien, in welcher Weise der Leiter des Reichstagsamtes durch eine „listvolle Darlegung der Finanzlage des Reiches“ den Parteien der Steuererhöhung von 1909 im Wahlkampf zur Hilfe kommen könne, hält die „Nationalistische Korrespondenz“ für die „Reinproving“ ihre Stellung in vollem Umfang aufrecht. Sie erklärt weiterhin, daß bei den Besprechungen Vermuths mit einem Führer dieser Parteien auch der Gedanke gestreift worden sei, den Reichstag für 1912 „in finanziell glänzender Aufmachung“ bereits dem jetzt verabschiedeten Reichstag vorzulegen. — Nun, Herr Vermuths hat sich ja auch so alle erdenkliche Mühe gegeben, so daß der kommende Reichstag ihm seinen Dank nicht vorenthalten wird.

Vorb. Kondale, der gegenwärtig als Gast des Kaisers in Berlin weilt, hat an die deutsch-britische Vereinigung anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenmitglied folgendes Telegramm geschickt: „Ich bin überaus verbunden für die Ehre, die mir durch meine Ernennung zum Ehrenmitglied der deutsch-britischen Vereinigung erwiesen worden ist. Es wird mir zur Freude gereichen, wenn ich durch meine Dienste zur Schaffung humanitärer Gesetze zwischen den beiden Nationen werde beitragen können, die gegenwärtig meiner bescheidenen Ansicht nach sich in einem missgerathen.“

Wie der „Berl. Lokalanz.“ hört, sind der frühere Gouverneur von Kamerun Leo von Ruttmann und Dr. Esser neben den bisherigen französischen Mitgliedern in den Administrationsrat der Société française de Sangha Uvanga gewählt worden. Seit 1871 ist dies wohl der erste Fall, daß in einer unter französischer Leitung stehende Kolonie deutsche Mitglieder in die Verwaltung berufen worden sind. Die genannte Gesellschaft ist 1910 durch Verschmelzung von elf Konzeptionsgesellschaften entstanden; durch den Kongo-Vertrag kommt sie jetzt unter die deutsche Oberhoheit.

Aus den Kolonien.

Der Handel Neuguineas im Jahre 1910.

DKG. Die Ausfuhr unseres großen Gütergeschäftes hat im Jahre 1910 einen Wert von fast 3,8 Millionen Mark erreicht gegen weniger als 2,5 Millionen Mark im Vorjahr. Das beweist eine Zunahme von mehr als 1,1 Millionen Mark und fast die Hälfte mehr als das Vorjahr erreicht hat. Den Eisenanteil bilden fast der Proportions, der einen Wert ergab von über drei Millionen und fast 1 Million Mark mehr als für 1909. Zunahmen zeigen sich auch beim Kaffee, bei den Nüssen und Eisenblech und Leber auch bei den Paradiesvögeln. Fast 5000 Stück haben ihr Leben lassen müssen gegen etwa 3000 im Vorjahr und haben in der Mehrzahl ihren Weg nach Deutschland genommen, wie denn überhaupt der Anteil des Mutterlandes an deren Ausfuhr keineswegs gering ist; das Deutsche Reich nahm Waren im Werte von 2,4 Millionen Mark, also zwei Drittel von dem Export dieser seiner Kolonie auf.

Die „Kalahari“ ein wertvolles Viehzuchtgebiet.

Glaubhafte Nachrichten zufolge hat Herr Braus, Mitinhaber der Firma Braus, Wagh & Co., einen größeren Viehstand an der Kalahari anwesend. Die Viehhalter sind Viehzüchter genannt und hauptsächlich in Deutschland meist als Viehe vertrieben gewaltige Heerde Vieh hat an Futtermitteln ist, weiß man im Viehzuchtgebiet. Es bedarf laut „Südwest“ nur großer Mittel zur Erschließung von Wasser, um die Kalahari zu einem wertvollen Viehzuchtgebiet werden zu lassen. Kein Geringerer als der gefallene Hauptmann v. Erdert hat dies schon vor Jahren in Aufträgen ausgeführt. Mittel und Erfahrung sind vorhanden, und deshalb kann man der Kalahari Viehhalter nur ein günstiges Prognostikon stellen. Die Kalahari als Viehzuchtgebiet, welche eine ausgiebige Perspektive!

Parteiennachrichten.

Stuttgart, 20. Dez. Gestern Abend fand hier eine große Parteiverammlung der Stuttgarter Sozialdemokraten statt, bei der über die Vorgänge bei der Gemeinderatswahl und über die sonstigen Streitigkeiten in der Partei Bericht gehalten werden sollte. Daß man in der gesamten Partei den Stuttgarter Wirren die größte Bedeutung beimißt, geht aus dem hervor, daß vom Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschlands Braun, Berlin, und außerdem August Bebel erschienen waren. Bebel war extra aus Zürich nach Stuttgart gekommen. Die Versammlung fand hinter hermetisch verschlossenen Thüren statt. Es war strenge Überwachung angeordnet worden, so daß kein Unberechtigter Zutritt zu der Versammlung erlangte. Im Laufe des Abends hielt Bebel Ansprachen, worin er die Genossen zur Einmütigkeit ermahnte und den dringenden Appell an die Rechte, angefaßt der Wahlen die Zweitstimmte zu begraben. Die Wahlen von ganz Deutschland seien jetzt auf Stuttgart gerichtet; es müsse unbedingt der seitherige Abgeordnete Hindenburg wiedergewählt werden. Im übrigen enthielt die Rede Bebelers auch scharfe Wendungen gegenüber dem Revisionismus. Auch Weimeyer, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins in Stuttgart und Führer der Radikalen, hielt eine Ansprache, in der er die Wählerstimme ebenfalls aufzubereite, geschlossen für Hindenburg einzutreten. Dann wurde eine Resolution angenommen, in der betont wird: Anfertigung und Verbreitung von gefälschten Stimmzetteln zu den Gemeinderatswahlen ist eine Disziplinlosigkeit schlimmer Art. Die Parteileitung wird beauftragt, gegen Parteigenossen, die sich missichtlich an der Herstellung oder Verbreitung der gefälschten Stimmzettel beteiligen haben, unverzüglich das Ausschlußverfahren aus der Partei einzuleiten.

Hot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser nahm gestern vormittag im Königl. Schloss die Vorträge des Finanzministers Dr. Lunge und des Chefs des Postkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini entgegen.

Der zum Landrat des Kreises Frankenheim ernannte Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen wurde Dienstag durch den Regierungsrathen Freiherrn von Tschammer aus Breslau in sein Amt eingeführt.

Winterfeste 1912.

Bezüglich der Winterfeste 1912 sind folgende Bestimmungen getroffen worden:

1. Januar (Montag): Neujahrseier.
16. Januar (Dienstag): Militär-Cour.
17. Januar (Mittwoch): Fest des hohen Ordens vom Schwarzen Adler.

19. Januar (Freitag): Große Cour für das diplomatische Korps, sämtliche Damen und für die Herren vom Hof.
 21. Januar (Sonntag): Krönungs- und Ordensfest.
 23. Januar (Dienstag): Vortrag in der Kriegsakademie.
 24. Januar (Mittwoch): Zweihundertjährlicher der Geburt Friedrichs des Großen.
 27. Januar (Sonntag): Geburtstag des Kaisers.
- Der erste Fußball folgt dann am nächsten Mittwoch, den 31. Januar, der Fußballabend am Dienstag, den 20. Februar.

Ausland.

Französische Disziplinarsoldaten als Uypachen.

§ Aus Bordeaux wird gemeldet:

Die auf der Insel Le Ron untergebrachten Disziplinarsoldaten verbrachten Dienstag nacht Nacht und Schreden unter der friedlichen Bewachung des kleinen Bataillon Saint-Trojan. Fünfzehn dieser aus 144. Infanterieregiment gehörenden Leute brachen aus der Stabkelle aus, wobei sie sich einer aus dem Zentner heruntergelassenen Leine bedienten. Niemand fürte sie dabei. Sie gelangten nach dem genannten Bataillon, für ein an alle Gefangen und Krieger in Frankreich und zu haben, was nicht und nagelegt war, und betranken sich mit Wein. Zufällig traten der Bürgermeister von Saint-Trojan und ein Unteroffizier des 144. Regiments in ein Café, in dem die Disziplinarsoldaten gerade saßen. Ehe die beiden die Soldaten auch nur zur Rede stellen konnten, wurden sie umringt und abgeführt, worauf die Leute weiterzogen, um eine bei dem Meere gelegene Villa gänzlich auszuräumen. Was nicht mitgenommen werden konnte, wurde kurz und klein gelassen. Der Wächter des Hauses wurde mit dem Tode bedroht. Auch andere Einwohner des Ortes, die dem Treiben der Disziplinarsoldaten steuern wollten, wurden mit dem Seitenschießen bedroht. Später suchten die Leute den Martrons Barbot zu zwingen, sie nach dem Ort Chapus überzuführen, wobei sie auch ihm die Dolche auf die Brust setzten. Doch der Vater des Mannes kam mit der Finte hinzu und verschickte das Gesindel. Nun fuhren die Einwohner Mut und tapferkeit mit Gewehren, Feigebeln und Dreiflügel zusammen. Endlich wurden die Meuterer gefangen und gefesselt nach der Stabkelle zurückgebracht. Die Generalverwaltung von Saint-Trojan hat ein Geflügel an den Kriegsminister eingereicht, um ihn zu bitten, sie von den Uypachen zu befreien.

Das Befinden des Kaisers Franz Josef.

§ Aus Wien wird gemeldet:

In Hoffen wird mitgeteilt, daß das Befinden des Kaisers günstig ist. Schnupfen und Heiserkeit seien leichter Natur. Immerhin vermehre der Kaiser überflüssiges Sprechen, weshalb einige Audienzen, so die Antrittsaudienzen des neuen türkischen Botschafters Maroneni, verfallen wurden. Auch sonst müßte der Kaiser schon wegen des neulichen Wetters leicht erkranken. Die Schönwetter Schlinge nicht. Durch den Mangel an Bewegung leidet indes sein Appetit, doch hoffen die Aerzte, daß dieser sich wieder einstellt, wenn der Kaiser beim Eintritt in den Winter wieder Spaziergänge wird unternehmen können.

Das englische Solom.

§ Aus Rom wird berichtet:

Die in ihren Anfängen und Zielen noch nicht aufgeklärte Besitzhabung des Gebietes von Solom im Osten der Ärenaita an die englisch-ägyptische Regierung erregt hier andauernd starke Berührung und Besorgnisse. Die der Regierung nahestehe Presse hat offenbar den Auftrag, dieses Unbehagen möglichst zu verschleiern. Demgemäß behaupten einige dieser Blätter, die Besetzung von Solom durch anglo-ägyptische Truppen sei kein Akt der Feindseligkeit gegen Italien, wie von „mancher Seite“ behauptet werde. Eher sei das Gegenteil der Fall. Solom sei von Ägypten auf Grund einer im Oktober zwischen Italien und England ausgehandelten Erklärung besetzt worden, welche das Selbstrecht Ägyptens auf Solom festsetzt. Dank der dort stehenden türkischen Besatzung sei Solom der Mittelpunkt des Waffenschmuggels nach der Ärenaita gewesen. Die türkische Besatzung sei nun durch eine ägyptische ersetzt worden.

Selbstmord des Vikarions von Sishuan.

London, 20. Dezember.

Im Verkehrsministerium in Peking ist ein Telegramm eingegangen, daß der Vikarion von Sishuan, Tuenfang, Gold geschuldet habe. Das Schicksal von Goldstaub ist unter den chinesischen Beamten eine vornehmste Art, Selbstmord zu verüben. Ein früherer Vikarion namens Tschangcheng soll ermorbt worden sein. Aber die Situation im Heere wird von der chinesischen Presse mitgeteilt, daß von der modernen Armee 19 Infanteriebrigaden noch immer loyal seien. Nur 18 Brigaden seien zu den Revolutionären übergegangen.

Der Wahlkampf.

Liberaler Wählerversammlung in Zoebich.

In der grünen Tanne bei Zoebich fand am 19. Dez. eine sehr gut besuchte Wählerversammlung statt, welche von Herrn Stadtrat Greßer geleitet wurde. In dieser stellte sich der Kandidat für Halle-Saalkreis, Herr Konditoreibesitzer und Stadtordehneter Pfau auf den Wählern vor und führte sich mit längerer Rede ein. Seine Ausführungen, welche sich im wesentlichen mit Steuerfragen und der Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei zu den politischen Tagesfragen beschäftigten, fanden reichen Beifall. Unterstüßt wurde der Kandidat noch durch die Herren Rechtsanwält Berghel und Parteisekretär Schwilgin. Die Herren besaßen das hauptsächlich landwirtschaftlichen Fragen und fanden dabei Verständnis und lebhaft Zustimmung.

Die Versammlung dürfte in Halle-Saalkreis die letzte vor dem Feste gewesen sein. Denn wenn die Friedensboten das Weihnachtsfest einleiten, ist nicht mehr auf viel Interesse am Wahlkampf zu rechnen. Gleich nach dem Feiertage wird aber die Arbeit wieder aufgenommen werden. Es sind noch einige wichtige Bestimmungen im Saalkreis abzuhalten, um die Wählerstimme der Fortschrittlichen Volkspartei alles zu tun, um die Wählerstimme an ihre Fahne zu fesseln und dem Liberalismus den Sieg zu sichern.

4 **Sieroseben (Mansfelder Kreis), 21. Dez.** Vor weit über 200 Personen entwickelte am Sonntag Abend der Kandidat des Reiches, Hg. Deltus (Salle), die Grundzüge einer fortschrittlichen Politik. Besonders ausführlich verbreitete sich Redner über landwirtschaftliche und Mittelslandfragen; hier wurden vor allem die Zoll- und Steuerfragen behandelt. Hinsichtlich der Arbeiter entwickelte der Angeordnete ein großzügiges Programm, besonders zum Frieden nehmend. Bei der Erörterung des Themas „Sozialdemokratie“, widerlegte Redner den Vorwurf des „Soll-Kollektivismus“, mit Verweisen auf Kämpen, Erträge der Kampf auf gegen die Sozialdemokratie klar, aber rein sachlich, freilich, die Kopien der Sozialdemokraten müßten gereinigt werden. Redner behandelte dann die Hauptpunkte des sozialistischen Programms, wies auf die daraus drohenden Gefahren hin und schloß unter lebhaftem Beifall mit der Aufforderung, fortschrittlich zu wählen.

Wülheim am Rhein, 21. Dez. In einer nationalliberalen Versammlung wurde mitgeteilt, daß der Bund der Landwirte einen eigenen Kandidaten für den Wahlkreis Wülheim-Münsterfeld ausgesucht hat. So ist die Zahl 6 bei den Kandidaturen des Wahlkreises erreicht, nämlich auf dem nationalliberalen, dem fortschrittlichen, dem sozialdemokratischen und dem christlichsozialen Kandidaten noch der Kandidat des Zentrums und der des Bundes der Landwirte.

Kreuznach, 21. Dez. Das ständige Organ des Bundes der Landwirte beauftragt den Kandidat Dr. Dertels von der Kandidatur in Kreuznach-Simmera und vertritt als neuen Kandidaten den Oekonomierat Lude-Franckfurt a. M.

Königsberg i. Pr., 21. Dez. Auf dem ostpreussischen konservativen Parteitag in Königsberg verlangte Dr. v. von Heydebrand, daß die Liberalen für die Stichwahlhilfe der Konservativen sich verpflichten, gegen jede Minderung der tariflichen und der Regierungsgewalt, für lässigen Zollschutz und für Schutzmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie einzutreten.

Im rheinischen Wahlkreis Kempen hat die liberale Vereinigung Herrn Wasserzmann als Zahlkandidaten aufgestellt. Der Vorkandidat Herr Grotjahn aus Bonn, der zum Zentrum als Reichstagskandidat in Kempen aufgestellt wurde, hat seine Kandidatur für die Erstwahl in Wülheim-Clabach niedergelegt, um ein Doppelmandat zu vermeiden.

Im Wahlkreis Krefeld haben die Sozialdemokraten Karl Krüger - Barmen als Kandidaten aufgestellt.

Im Wahlkreis Barmen hat die fortschrittliche Volkspartei den Hofmeister Frau als Reichstagskandidaten aufgestellt, bei der Nationalliberalen unterzügen werden.

Der Bund der Landwirte hat beschlossen, im nächsten Reichstagswahlkreis Montebaur-St. Goarshausen für den Zentrumskandidaten Dr. Dahlem einzutreten.

Der schwarze Bied in Württemberg.

Stuttgart, 21. Dez. Mehr das Zusammengehen von Zentrum und Bund der Landwirte in Württemberg schreibt die Zentrumspresse:

Auf dem Parteitag der Württembergischen Zentrums-partei wurde beschlossen, voranschreitlich in sieben Wahlkreisen den konservativen Kandidaten gleich beim ersten Wahlgang zu unterstützen, so im adligen Wahlkreis, ferner auch im Hebeszen. In den übrigen Wahlkreisen werden, soweit sie nicht zum bisherigen Bestehen des Zentrums gehören, Zahlkandidaten aufgestellt. Wenn aber bereits in einem Teil der Wälsse Eingestrichen über das Verkommen zwischen dem Zentrum und den Konservativen veröffentlicht werden, so sind diese mindestens verurteilt, da das Verkommen noch nicht erfolgt ist.

Diese Mitteilungen der ultrakonservativen Presse bestätigen also die bisher immer abgelehnte Verbindung zwischen den reaktionären Parteien in Württemberg.

Halle und Umgebung.

Salle a. S., 21. Dezember.

Der Wi.-deutsche Braunkohlenmarkt im Monat November.

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Berein zu Halle a. S. gibt folgenden Ueberblick über den Geschäftsgang:

Im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk war der Geschäftsgang im allgemeinen zufriedenstellend; jedoch hat der Regenmangel noch unverändert den ganzen Monat über angehalten, so daß die Werte mehrfach gedrungen waren, die Förderung zu unterbrechen bzw. die Leute vorzeitig nach Hause zu schicken. In der Niederlausitz waren die Anforderungen im Rahmen der kapazitären Produktionserschänkung nicht so hoch wie im Oktober d. J. Das gleiche gilt für die Braunkohlengruben im Hallischen und Zeitz-Weißenfelser Bezirke. Da die Zufuhren nur noch ganz geringe Bezüge mochten, so war der Kohlenbedarf schlechter als im Oktober und im November des Vorjahres. Der Absatz von Breiheits- und Kohlensteinen war lebhaft. Im Weißenfelser Bezirke war der Geschäftsgang zufriedenstellend und besser als im Vorjahr; ebenso im Bergener Kreis-Franfurt a. Ober-, in Schellen- und der Mitteln Lausitz. Im Magdeburger-Halbberfelder Bezirke und im Braunschweigischen war der Absatz vor allen wegen der niedrigen Bezüge der Zufuhren schlechter als im Vorjahr. Im Bergener Kreis hatte der Absatz sehr unter dem Wagenmangel zu leiden; der Verkauf war daher geringer als im Vorjahr trotz heftiger Nachfrage. In Sachsen-Anhalt und im Königreich Sachsen waren die Anforderungen wie im Vormonat lebhaft, und besser wie im November 1910. In Anhalt war der Absatz befriedigend, wenn auch die Förderleistungsausgänge zu wünschen übrig ließen. Im Großherzogtum Hessen war der Geschäftsgang etwas besser als im Oktober d. J.; in Mecklenburg aber doch wenig befriedigend.

Der hällische Kohlenverkauf findet täglich von 9-2 Uhr auf dem G. Beckin statt. Patent-Anmeldungen. Otto Höpke, Köhnstedt bei Teutschenthal: Hemmschuh mit Aufsprünge. Patent-Erteilungen. Andreas Weigand, Wittenberg, Bez. Halle a. S.: Zentri-sugalscher.

Gebrauchsmuster-Eintragen. Georg Goeppel, Werleburg a. S.: Stufenrost zur Erzielung großer Kahlfläche auf kleiner Grundfläche. — Gulliao Drescher, Halle a. Saale: Zerhäuberbedel. — Franz Steiniger, Dürrenberg a. S.: Farben-Durchsicht-Zählapparat.

Der Fröhliche Kindergarten, hier, Taubenstraße 9, geleitet von Fräulein Clara Ruder, veranlaßte im Evangelischen Vereinskaufe am 18. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, eine erwartungsvolle Kinderfeier mit ihrem Eltern, u. das Fest der Feste zu feiern. Ein fröhliches Musikstück leitete ein, dann erschienen auf der Bühne kleine Männlein und Weiblein, die die einzelnen Monate verkörpern; jedem einzelnen Vortrag folgte ein Lied für großen oder kleinen Chor. Der Doktor Eisenbart führte die Wünsche nach seiner Art; er rief den Weihnachtsmann, der sie in der Stimmensweise hießen und durch das Christkind zurückbringen läßt. Der Weihnachtsmann, der dann mit großer Ruhe und großem Saft erschien, erregte bei einigen Kindern geradezu Entsetzen, laut schreien schickten sie in die schüßenden Arme der Mutter; Knebel und Nüsse vertheilten mit ihm. Die Verteilung der ausgesuchten Handarbeiten und des Weizens des Saumes schloß die Feier. Die Vorträge und die Arbeiten zeugten von einer Gebildetheit der Letzteren, die bewundernswürdig ist. Hier im Fröhlichen Kindergarten ist das Kind in seiner richtigen Sphäre, als Kind unter Kindern, geübt und gelehrt von liebevollen, fachverständigen Händen, und wie viel Genuß war erforderlich, um die vorgeführten Leistungen zu erzielen! Alles in allem, ein wohlgelungenes Fest, das den großen und kleinen Teilnehmern, ebenso wie den Betrachtern Zufriedenheit und Genuß bereitet hat. Bl.

Die Freunde der Saale-Zeitung

werden gebeten, auf ihren Reisen in Hotels und Restaurants überall

nachdrücklich die

„Saale-Zeitung“

zu verlangen.

Winters Anfang.

In der Nacht von Donnerstag zu Freitag, am die Mitternacht des 22. Dezember, erreicht die Sonne den südlichsten Punkt der Ekliptik; sie tritt gleichzeitig aus dem Zeichen des Schützen in das des Steinbocks, mit welchem Zeitpunkt in astronomischem Sinne der Winter beginnt. Mit der Winteranwendung erreichen wir auf der nördlichen Halbkugel die längste Nacht und den kürzesten Tag; nicht mehr als 7 1/2 Stunden dauert die Sonne gegenwärtig im mittleren Norddeutschland über dem Horizont, und fast 16 Stunden währt, die kurze Zeit der rötlichen Winterdämmerung nicht gerechnet, die Nacht. Aber der astronomische Kreislauf des Jahres deckt sich keineswegs völlig mit dem meteorologischen, und obwohl wir bisher kaltenmäßig noch im Herbst weilten, hat in Wirklichkeit schon längst der Winter Besitz von der nördlichen Halbkugel ergriffen.

Die eigentliche winterliche Signatur ist allerdings, wie so oft, auch in diesem Jahre in der Witterung noch kaum zum Durchbruch gekommen, insofern man von der kalten Jahreszeit auch wirklich Frost und Schnee verlangt. Nur der äußerste Nordosten Deutschlands hatte während der letzten Wochen schon etwas krenere Kälte, in fast allen übrigen Randesteilen zeigte die Witterung das düstere Bild endloser Nebel- und Regenwachen, wie sie zur Winterzeit für unsere Breiten so charakteristisch sind. Bemerkenswert war dabei diesmal vor allem der frühe Beginn der unfreudlichen Jahreszeit. Nachdem wir ein halbes Jahrzehnt hintereinander uns eines sonnigen, trockenen und warmen Herbstes hatten erfreuen können, war diesmal nach der großen Hitze des Hochsommers schon sehr zeitig kühles und wenig freundliches Wetter eingetreten. Die herbstliche Witterung hätte bereits vor dem kalendariischen Termin begonnen; zwei Drittel des Septembermonats waren infolge dessen bereits regnerisch und vorwiegend kühl. Mit aller Schärfe kam der Herbst aber in den ersten Oktobertagen zum Durchbruch, als die Temperaturen bei trübem und veränderlichem Wetter bereits bedenklich in die Höhe des Gefrierpunktes zu sinken begannen. In einzelnen Orten in Thüringen und im Nordosten kamen in der ersten Oktoberwoche schon Nachfröste vor. Zu Beginn der zweiten Oktoberwoche wurde die Witterung, wenn auch nur vorübergehend, schon geradezu winterlich, und in den Mitteln Breiten sank das Thermometer bereits bis auf 8 Grad unter Null. Tiefe ozeanische Wirbel setzten dann eine Periode zwar wärmeren, aber sehr unruhigen und vielfach stürmischen Wetters ein, das sich mehrfach wiederholte und namentlich in der ersten Novemberwoche im ganzen nördlichen Deutschland und den angrenzenden Küstengebieten orkanartige Stürme mit sich brachte. Unangenehm tiefe Depressionen, die vorwiegend durchnummerter, wirkten zu jener Zeit mit ungewöhnlicher Intensität bis weit in mittelozeanische Breiten auf die Witterung. Weiter ist eine Unterbrechung der atlantischen Wirbelstätigkeit eigentlich nicht wieder erfolgt, obwohl zu Beginn der vierten Novemberwoche eine Zunahme des Luftdrucks über Nordsee vorübergehend leichte Fröste und die ersten stärkeren und verbreiteten Schneefälle dieses Jahres brachte. Tiefdruckwirbel, die dem aus dem Nordatlantik stammenden Hochgebiet schon nach wenigen Tagen nachholten, brachten das Maximum am Abend zur Abwanderung nach dem Osten des Erdteiles, wo es sich leichter nach harter Druckerrhöhung bis in die letzte Zeit hinein erhalten hat. Trotzdem blieb bis im ganzen Lande die Witterung trübe, veränderlich und bei Tage frohheit. Das russische Hochrandgebiet, das auch in seinem Kern freuzige Kälte niemals erregt hätte, machte keinen Einfluß mit leichtem mächtigen Regen fast nie über die Weichsel hinaus geltend, und der Westen Deutschlands blieb, da die zahlreicheren ozeanischen Tiefs nicht oftwärts, sondern nordwärts abogen, dauernd im Bereich milder Süd- und Südwestwinde. Trotz der anbauender veränderlichen, regnerischen Witterung hat die

große Dürre des Sommers in manchen Gebieten Deutschlands, namentlich in den mitteldeutschen Randesteilen, immer noch kein Ende genommen, wenn auch in anderen Gegenden wieder sehr viel Regen gefallen ist. Nennenswert fäher als normal ist übrigens kein Herbstmonat gewesen, so daß das nun zu Ende gehende Jahr 1911, das von Anfang an zu warm gewesen ist, mit einem ziemlich beträchtlichen Wärmeüberschuß, und zwar in den meisten Gebieten Deutschlands, abschließen wird. Genauere Ziffern lassen sich allerdings erst nach dem Schluß des Monats berechnen.

Weiter die weitere Gestaltung der Witterung im Winter 1911/12 läßt sich einigermaßen Sicheres nicht sagen. Gerade die Prognose für den Winter ist von allen jahreszeitlichen Voraussetzungen die unsicherste. Vor allem darf man aus dem milden Verlauf des Wetters der letzten Zeit nicht auf besten Fortdauer in den nächsten Monaten schließen. Es ist eine alte Erfahrung, daß sich noch einem milden Vorwinter die Kälte gern zwischen Weihnachten und Neujahr einstellt; sie pflegte im letzten Jahrzehnt dann allerdings niemals länger als 14 Tage anzudauern. In anderen Fällen wieder ist strenger Frost erst im Laufe des Monats Januar eingetreten, um dann bis zum Frühjahrsbeginn fast ununterbrochen anzuhäufen. Das war z. B. der Fall in den Wintern 1906/07 und 1894/95. Die letzten beiden Jahre hatten überhaupt keine winterliche, über ganz Mitteleuropa verbreitete Kälteperiode gebracht. Nur der äußerste Osten Deutschlands hatte in der ersten Februarhälfte 1911 sehr niedrige Temperaturen bis zu 22 Grad unter Null. Der Teil Preußens östlich der Weichsel kam aber mit seinem rauhen, tarmanischen Steppenlima, wie es sich fast allwintertlich von Rußland aus bis dorthin ausbreitet, nicht ohne weiteres mit dem Klima des übrigen Mitteleuropas, das vorwiegend ozeanisch ist, verhalten werden. Nun wäre allerdings eine sehr abnorme Erscheinung, wenn auch dieser Winter wieder in weiten Teilen des Landes ohne nennenswerte Kälte verziehen würde. Eine ziemlich große Wahrscheinlichkeit spricht deshalb dafür, daß strenger Frost sich früher oder später schon noch einstellen wird; ob allerdings in den nächsten 3 Monaten Frost oder Regenwetter vorherrschend sein wird, das läßt sich nicht beurteilen. M. L.

Provinzialnachrichten.

Entsetzliches Unglück im Kalischacht.

3 Mann tot, 2 tödlich verletzt, 9 leicht verletzt. Hüpfeld (Kreis Worbis), 19. Dez. Wie schon gestern berichtet, hat sich bald nach der furchtbaren Grubenkatastrophe im Kalischacht zu Kleinbochen ein folgenschweres Unglück in einem der neuen Kalischächte auf dem Eisefeld zugezogen. Drei in dem besten Mannesalter stehende Arbeiter fanden dabei den Tod, 2 weitere Arbeiter ringen mit dem Tode und 9 Mann haben weniger schwere Verletzungen erlitten.

Das Unglück hat sich beim Weichen des Schachtes I der Kalischacht „Felsenfest“ zu Hüpfeld (Kreis Worbis) ereignet. Auf einem im Schacht schwebenden Gerüst (sogen. Wauerbüchse) arbeiteten 13 Mann. Gleichzeitig ging eine ballonförmige Tonne im Schacht auf und nieder, die sich unten mit Wasser füllte, um den Schacht vom Wasser zu entleeren. Gegen 1/3 Uhr am Montag nachmittag geschah das Unglück. Die mit Wasser gefüllte Tonne zog im Hochgehen die Wauerbüchse mehrere Meter mit in die Höhe. Dann ging die Büchse mit aller Wucht wieder nieder und nahm eine schiefe Stellung ein. Von den auf dem Gerüst stehenden 13 Arbeitern führten 7 Mann 35 Meter tief in den Schacht hinab in den Sumpf, der einen Wasserstand von 25 Meter Höhe hat. 4 Mann konnten durch sofortiges mutiges Eingreifen lebend aus dem Wasser und Schlamm herausgeholt werden, während drei den Tod fanden. Von den Leichen wurde eine Montag nachmittag 6 Uhr herausbefördert, während die Bergung der beiden anderen Leichen erst im Laufe der Dienstag Nacht gelang. Die Namen der Toten sind: Schwarzberg, Ring und Richter aus Rüdigershagen und Reula. Ring und Richter waren verheiratet.

Bei der Bergung der Leichen, die furchtbar verstümmelt waren, spielten sich erschütternde Szenen ab. Von den abgeführten 7 Mann sind noch tödlich verletzt: Anders und Dietrich, beide in Hüpfeld verheiratet. Die Verletzungen der übrigen Abgeführten sind nicht lebensgefährlicher Natur. Die Schwerverletzten wurden in das hällische Krankenhaus nach Weißeobere geschafft. Aber auch von den übrigen auf der Wauerbüchse befestigt gemessenen 6 Arbeitern, die nicht mit abgeführt, haben die meisten Quetschungen und Kopfverletzungen erlitten. In Hüpfeld herrscht ob des großen Unglücks allgemeine Beängstigung.

Die Haushaltungen in der Provinz Sachsen.

r. m. Die „Haushaltung“ bezieht sich in der Regel mit der Familie. Jedenfalls ist sie die wirtschaftliche Einheit, die zur Ermittlung des Verbrauches der großen Volkswirtschaft, wie Nahrungsmittel usw., herangezogen werden muß. Daher erstreckt sich die großen Volkswirtschaften in der Regel auch auf die Ermittlung der Haushaltungen. Das ist auch bei der letzten Volkszählung am 1. Dezember 1910 geschehen.

In der Provinz Sachsen wurden 718 991 gewöhnliche und Einzelhaushaltungen gezählt. Davon entfallen 301 070 auf den Regierungsbezirk Magdeburg, 298 855 auf den Regierungsbezirk Merseburg und 119 066 auf den Regierungsbezirk Erfurt. Für die einzelnen Stadtkreise ergeben sich folgende Zahlen: Stendal 6808, Magdeburg 70 609, Haldensleben 7094, Halberstadt 11 090, Halle 43 077, Eisenberg 6036, Weißenfels 7979, Zeitz 8011, Nordhausen 7902, Mühlhausen 8178 und Erfurt 26 127. Auf die Landkreise entfielen: Harburg 10 112, Hauszaltungen, Salzweil 12 820, Gerdauelen 13 109, Stendal 12 106, Jerichow I 18 784, Jerichow II 14 306, Calbe 27 406, Marzleben 17 290, Wolmirstedt 12 908, Neuhaldensleben 16 252, Ochersleben 13 911, Queblitzburg 17 591, Halberstadt 9754, Wernigerode 8916, Liebenwerda 14 872, Lützen 13 541, Schmeinitz 9642, Wittenberg 16 001, Bitterfeld 17 744, Saalfeld 17 914, Weißenfels 16 567, Mansfelder Gebirgskreis 15 657, Mansfelder Seckreis 18 797, Sangerhausen 17 145, Gärtauberg 8301, Querfurt 13 204, Merseburg 20 029, Weißenfels 16 158, Naumburg 9822, Zeitz 7388, Hohenstein 10 815, Worbis 9500, Seiffenamt 8657, Mühlhausen 8239, Langensalza 9016, Weißenhain 5908, Erfurt 5337, Ziegenrück 4161 und Schleifungen 12 226.

Schaffstädt, 19. Dez. (Sperlingsplage.) Das Ueberhandnehmen der Sperlingsplage hat den Magistrat veranlaßt, zu

